

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895**

6.2.1895 (No. 37)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 6. Februar.

№ 37.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe „Karlsruh. Ztg.“ gestattet.

1895.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 24. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Fabrikanten August Ruh in Karlsruhe das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 31. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor-Stellvertreter der neuen Militärschule in Wien, Lieutenant der k. k. Landwehr Adolf Ksner, das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Revisionsvorstand bei dem Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Oberrechnungsrath Seidenadel, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens 3. Klasse und dem Kanzleirath Rehm bei der Großherzoglichen Gesundheitskammer in Berlin die gleiche Erlaubniß bezüglich der ihm verliehenen 4. Klasse desselben Ordens zu ertheilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Die Berufs- und Gewerbebezahlung.

Nach dem Beruf wird bei jeder Volkszählung gefragt; es ist das eine der Fragen, die, auch ohne daß ihre statistische Ausnutzung beabsichtigt wird, nicht wohl zu entbehren sind, wenn das Hauptziel einer Volkszählung: die richtige Feststellung der Gesamtbevölkerung, sicher erreicht werden soll. Die am 14. Juni d. J. vorzunehmende Erhebung hat in der Erforschung der Berufstätigkeit der Bevölkerung ihren Schwerpunkt; dadurch unterscheidet sie sich von einer gewöhnlichen Volkszählung, und um dies schon äußerlich hervortreten zu lassen, bezeichnet man sie als Berufsbezahlung.

Unter diesem Gesichtspunkte ist die ganze Einrichtung der Aufnahme geplant. Auf die richtige Nachweisung des Berufs und der Stellung, in der er ausgeübt wird, legt das Hauptformular der Zählung, die Haushaltungsliste, besonderen Nachdruck. Es wird betont, daß zunächst der Beruf selbst so genau als möglich anzugeben sei, daß allgemeine Ausdrücke, wie Fabrikant, Kaufmann, Arbeiter, nicht genügen; daß vielmehr der besondere Zweig der Fabrikation, des Handwerks, Handels oder sonstigen Berufs genannt werden soll. Sodann soll auch die Berufsstellung bestimmt angegeben werden: ob der Betreffende selbständig ist — als Eigentümer, Pächter, Meister u. s. w., — oder ob er als Bedienter, Buchhalter, Werkführer u. s. w. zum geschäftlichen Bureau- und Aufsichtspersonal gehört, oder ob er in einem anderen Arbeitsverhältnis steht. Wer außer einem Hauptberuf noch einen Nebenberuf ausübt, hat auch diesen, und wenn es sich um verschiedene Nebenberufszweige handelt, jeden einzelnen zu verzeichnen.

Die Berufsbezahlung von 1882 verlangte für die noch nicht 14 Jahre alten Kinder, sofern sie nicht schon berufsmäßig beschäftigt wurden, nur eine summarische Angabe. Da sich aber herausgestellt hat, daß infolge dieses Verfahrens ein nicht unbeträchtlicher Theil der Kinder ungezählt geblieben ist, wird diesmal die namentliche Aufzählung jeder einzelnen Person, auch des neugeborenen Kindes, in der Haushaltungsliste gefordert. Das Verfahren wird also in diesem Punkte das nämliche sein, wie bei den Volkszählungen. Auf diese Weise wird, wenn eine Volkszählung nach den bisher innegehaltenen Zwischenräumen am 1. Dezember 1895 vorgenommen wird, in dem laufenden Jahre der Unterschied zwischen der örtlichen Verteilung der Bevölkerung im Sommer und im Winter festgestellt werden.

Es ist klar, daß in nicht wenigen Fällen die Zähler, denen nicht bloß die Auszählung und Einsammlung der Formulare, sondern auch deren Prüfung auf sachgemäße Ausfüllung und oft genug die Ausfüllung selbst zufällt, durch die Beantwortung der Fragen nach den Berufsverhältnissen sehr in Anspruch genommen werden. Läßt sich auch vielfach der Beruf ohne weiteres angeben, so wird es doch in anderen Fällen nötig werden, zu erörtern, ob neben der Beschäftigung zur Zählungszeit noch regelmäßig zu einer anderen Jahreszeit eine andere ausgeübt wird, ob eine erwerbende Thätigkeit als eine berufsmäßige anzusehen ist, ob eine solche Thätigkeit — z. B. bei Hausfrauen — in der Rubrik für den Hauptberuf oder in der für den Nebenberuf zu nennen ist und

dergleichen mehr. Von diesem Gegenstande darf daher die Aufmerksamkeit nicht durch allzu viele andere Fragen abgelenkt werden, wenn man ein getreues Bild der beruflichen Thätigkeit des Volkes durch die Zählung gewinnen will.

Von diesen Erwägungen haben die amtlichen Statistiker, von denen die veröffentlichten Formularentwürfe aufgestellt sind, sich leiten lassen, wenn sie hinsichtlich anderer, mit der Berufsbezahlung zu verbindender Erhebungen mögliche Beschränkungen empfohlen haben. Abgesehen von den Individualangaben über Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionsbekenntnis und von der Kennzeichnung der Hausindustriellen und Hausierer als solche, sowie von den Angaben, die für die Aufstellung der Gewerbezogen und der Landwirtschaftskarten erforderlich sind, sollen durch die Haushaltungsliste nur noch Ermittlungen stattfinden: 1. über die Beschäftigungslosen, 2. über die unter das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz fallenden Personen.

In ersterer Beziehung werden für alle Arbeitnehmer, mit Ausschluß der dauernd völlig Erwerbsunfähigen, die Fragen gestellt: ob sie sich zur Zeit der Zählung in Arbeit (Stellung) befinden; wenn nicht, seit wieviel Tagen sie außer Arbeit (Stellung) sind und ob etwa wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit. Es läßt sich erhoffen, daß bei wahrheitsgetreuen Angaben der Stand der Arbeitslosigkeit auf diese Weise zutreffend ermittelt wird. Freilich geschieht dies für einen Zeitpunkt, an welchem es an Arbeit nicht zu mangeln pflegt. Um auch den Stand zur Winterzeit kennen zu lernen, ist daher bei der Ausarbeitung der Formulare angeregt worden, daß diese Erhebung gelegentlich der Volkszählung wiederholt werde.

Nach der anderen Richtung lauten die für alle über 16 Jahre alten Personen gestellten Fragen: einmal ob sie gegen baaren Lohn beschäftigt sind, ferner, ob für sie eine Quittungskarte für die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung ausgestellt und in Gebrauch ist. Man will dadurch annähernd die Zahl der Versicherungspflichtigen und die Zahl der wirklich Versicherten feststellen. Es ist selbstverständlich, daß die Auskunft, die auf diese Fragen erteilt wird, lediglich zu statistischen Zusammenstellungen, nicht aber zu einem Vorgehen gegen den Einzelnen wegen Nichterfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtungen benutzt werden würde — wie überhaupt bei dieser Aufnahme die Benutzung der sämtlichen Angaben zu anderen als statistischen Zwecken ausgeschlossen ist.

### Das politische Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen.

Stuttgart, 4. Februar.

Die Wahlen vom 1. Februar haben die große Zahl von 26 Stichwahlen gebracht. Von den 44 endgiltigen Mandaten entfielen 7 auf die deutsche Partei (darunter 1 Sitz von der Volkspartei erobert), 1 auf die bisherige Landespartei (Präsident v. Luz), 17 auf die Volkspartei (9 Eroberungen), 16 auf das Centrum, 3 auf parteilose Landwirthe. An den Stichwahlen sind betheiligt 19 Kandidaten der Volkspartei, 12 von der deutschen Partei bezw. dem Centrum, 5 von der Sozialdemokratie, 5 (nicht oppositionelle) Parteilose, 4 von der Landespartei, 1 Konservativer. — Man kann aus diesen Zahlen zur Genüge das politische Ergebnis der Wahlen ziehen. Siegerin ist in erster Linie die Volkspartei, die im ersten Wahlgang fast genau so viele Sitze gewonnen hat, als bisher die „Linke“ zählte. Sie wird mit den Stichwahlen, die ja in der Regel dem Zug der Hauptwahl folgen, gegen 30 Sitze erhalten und die stärkste Fraktion der Kammer werden. Als solche wird sie eine Mehrheit sowohl mit dem Centrum als mit der deutschen Partei bezw. den nicht oppositionellen Gruppen bilden können, aber doch nicht stark genug sein, um die Führung in der Kammer zu übernehmen. Sie selbst scheint daran ernstlich zu denken, denn ihr Führer, der Reichstagsabg. Payer, in Reutlingen Stadt wiedergewählt, hat sich schon mehrfach über die künftigen Aufgaben der Partei in einer Weise ausgesprochen, wie sie der Chef einer Opposition braucht, wenn er sich ansieht, die Geschäfte zu übernehmen. Das Centrum hat, wenn man die Sitze der seitherigen kath. Abgeordneten, die ihm zum voraus sicher waren, zu Grunde legt, nur einen Sitz gewonnen, einen an die Volkspartei verloren. Die Aussichten der Partei in der Stichwahl sind bei ihrem konfessionellen Charakter nicht groß, so daß man ihren künftigen Bestand, zuzüglich der zwei privilegierten Mitglieder der kath. Kirche, kaum höher als auf 20 Mitglieder wird veranschlagen dürfen. Schlimm sieht sich das Wahlergebnis für die deutsche Partei an. Während sie seither 27 gewählte Mitglieder zählte,

kann sie jetzt mit den Stichwahlen kaum mehr als 13 erreichen. Eben so groß war bisher die Zahl ihrer privilegierten Mitglieder, so daß, einen gleich großen Eintritt derselben wieder vorausgesetzt, die Fraktion zwar auf 26 Köpfe steigen, aber zugleich einen ungleich größeren Einfluß als seither den Privilegierten zugesetzen müßte. Den Absichten der Parteileitung auf eine straffere Zusammenfassung und selbständigere Haltung der Fraktion bieten sich auf alle Fälle die allernünftigsten Chancen, vielmehr wird die Partei noch mehr als bisher sich an die Regierung anlehnen müssen. Nicht unwahrscheinlich ist die Bildung einer neuen Parteigruppe nicht oppositioneller Richtung in der Kammer, während zur Opposition als neues Glied eine kleine sozialdemokratische Fraktion hinzukommen dürfte.

Sehr interessant wird diesmal die Haltung der Parteien in den Stichwahlen sein. Bisher hatte die Volkspartei stets die Bequemlichkeit, die Hilfe der Katholiken und der Sozialdemokraten ohne Entgelt entgegennehmen zu können. Jetzt wird sie von beiden zugleich je gegen die andere in Aalen, vom Centrum gegen der Regierung nahestehende Kandidaten in Mergentheim, Künzelsau und Geislingen, von der Sozialdemokratie in Stuttgart Stadt und Eslingen gegen die deutsche Partei in Anspruch genommen werden, während sie selbst der Hilfe der deutschen Partei gegen die Sozialdemokratie in Stuttgart Amt und Cannstatt, gegen das Centrum in Rottweil bedarf. Es wird ein merkwürdiges Bild politischen Charakters geben, wenn man ein und dieselben Parteien in diesem Wahlkreis sich bekämpfen, in jenem sich empfehlen hört; insbesondere darf man darauf gespannt sein, ob die Volkspartei die beiden katholischen Ministerpräsidenten Febr. v. Mittnacht und Kammerpräsidenten v. Hohl dem Centrum opfern wird.

### Parlamentarische Kämpfe in Oesterreich.

Wien, 4. Februar.

Politisch, wenigstens hochpolitisch, ist über allen Wipfeln ungarische Kabinete noch nicht einmal Zeit gehabt zu sterben, auch nach innen. Aber doch gibt es diesseits kleinere Ereignisse, welche, und zwar in nicht sehr ferner Zeit, bedeutsam werden können, denn in einem Theil der 17 „Gläser Wasser“, das heißt unserer 17 Landtage, hat es entweder schon bedenklich gestürmt oder ist der Sturm im Anzug. Kurzer Prozeß hat die Regierung mit dem Landtag von Istrien gemacht, auf welchem die italienisch redenden Heißhorne ihre Gegner in unverantwortlicher Weise drangsalirten und die von ihnen inscenirten parlamentarischen Skandale sogar auf die Straße hinaus trugen: der Landtag ist aufgelöst worden und hoffentlich werden die Neuwahlen die überhitzten Köpfe abkühlen. Freilich haben sich die Herren Italiener auch im Tiroler Landtag „mausig“ gemacht und sind, als man ihnen den Willen nicht that, nicht mehr in den Sitzungen erschienen: hier hat man zu der durch die Geschäftsordnung gegebenen Remedur gegriffen, man hat die Absenten aufgefordert, binnen 8 Tagen wieder zu erscheinen, und hat sie, als sie gleichwohl nicht erschienen, ihrer Mandate verlustig erklärt. Im Prager Landtag haben die Jungesuchen einige ungeheuerliche Anträge gestellt: sie haben den Statthalter dem Landtag verantwortlich machen, also ein Exekutiv-Organ des dem Reichsrath verantwortlichen Ministeriums vor eine einzelne Landesvertretung stellen wollen, und sie haben die Einführung der russischen Sprache als Lehrgegenstand in den böhmischen Gymnasien gefordert: selbst die Altzechen halfen beide Anträge („Schande!“ riefen die Antragsteller) begraben. Der Niederösterreichische Landtag endlich ist Tag für Tag der Schauplatz solcher antisemitischen Ausschreitungen, daß in der Bevölkerung selbst sich Stimmen erheben, welche dem Ekel über solches Treiben den schärfsten Ausdruck geben und die Wähler auffordern, selbst einzugreifen, so lange es noch Zeit ist und bevor eine höhere Macht eingreifen muß, damit unsere schwer erkämpften freiheitlichen Errungenschaften nicht wieder verloren gehen.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 5. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag den Vortrag des Ministers von Brauer und nahm sodann die Meldung der nachgenannten Offiziere entgegen: des Obersten z. D. Schmidt, früheren Kommandeurs des Landwehrbezirks Stodach, des Oberstleutnants Hummel, etatsmäßigen Stabsoffiziers im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111, des Majors von Spalbing, Bataillonskommandeurs im gleichen Regiment, des Majors Marty,

(Mit einer Beilage.)





